

Menschenhandel in Italien: Wie die nigerianische Mafia Frauen versklavt ... und wie BAMF und das Land Hessen durch Wegschauen Beihilfe leisten

In *SPIEGELONLINE* befasst sich Annette Langer mit Zwangsprostitution. Banden aus Nigeria kontrollieren das Geschäft. Sie holen Frauen illegal ins Land und erpressen Zehntausende Euro – auch mithilfe von Voodoo-Ritualen. Das tun sie mit Billigung und finanzieller Beteiligung der ortsansässigen Camorra. Alles schlimm genug! Hier ist der Link zum Artikel:

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/italien-wie-die-nigerianische-mafia-frauen-versklavt-a-1282881.html>

Mindestens einen Fall, der in dieses Schema passt, können wir auch für den Landkreis Marburg-Biedenkopf nachweisen. Eine betroffene Frau hat es wie durch ein Wunder nach Hessen geschafft und einen Asylantrag gestellt. Für die Betreuerinnen und Betreuer ist es bis heute unfassbar, dass sie hier nicht geduldet werden soll. BAMF und Zentrale Ausländerbehörde in Gießen haben den Antrag abgelehnt. Dublin-Abkommen und schnelle Abschiebung sind wichtiger als Menschlichkeit. Die Nigerianerin hat den Asylantrag in Italien gestellt. Dorthin soll sie zurück. Basta! Egal, ob sie zurück in die Hölle muss.

Die hessischen Grünen haben in der Landesregierung Schutzzonen für schwangere Frauen durchgesetzt. So heißt es in der Presseerklärung:

„Wir gehen davon aus, dass in zeitlicher und örtlicher Nähe zu Beratungsstellen in Hessen keine Belästigungen der ratsuchenden Frauen mehr stattfinden. Es liegt jetzt bei den Ordnungsbehörden der Kommunen, die Demonstrationen und das aktive Ansprechen und Bedrängen der Frauen in Sicht- und Rufweite vor den Beratungsstellen zu unterbinden. Dies ist durch versammlungsrechtliche Auflagen sicherzustellen“, sagt Eva Goldbach, innenpolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion.

Mahnwachen vor Konfliktberatungsstellen, wie sie von der Bewegung „40 Tage für das Leben“ beabsichtigt werden, seien darauf ausgerichtet, schwangere Frauen einer Anprangerung und Stigmatisierung auszusetzen. Goldbach: „Solche Aktionen sind weder von der Meinungsfreiheit noch von der Versammlungsfreiheit gedeckt. Sie können und müssen temporär und örtlich begrenzt unterbunden werden. Weil der Staat die volle Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung des Beratungsverfahrens hat, muss er die ratsuchenden Frauen schützen.“

(<https://www.gruene-hessen.de/landtag/pressemitteilungen/bundesweit-einmalig-/>)

Das war eine sehr wichtige Initiative! Aber wie steht es mit geflüchteten nigerianischen Frauen in Hessen, die auf ihrer Flucht die Hölle der Zwangsprostitution durchleben mussten? Bietet Hessen ihnen Schutz? Oder werden sie nach Italien zurück geschickt? Die Innenminister des Bundes Horst Seehofer und des Landes Hessen Peter Beuth vertreten eine klare Linie: Weg mit diesen Frauen! Mag doch Italien entscheiden, was mit ihnen geschieht. Im Bund regieren die Sozialdemokraten mit, in Hessen die Grünen. Beide Parteien müssen sich fragen lassen, welche Politik sie eigentlich unterstützen. Bleibt zu hoffen, dass wenigstens für unseren Fall hier im Landkreis eine humanitär akzeptable Lösung gefunden werden kann.